



Bundesamt für
Verfassungsschutz

A n a l y s e

Radikalisierung im gewaltorientierten Linksextremismus

Stand: 22.07.2020

Inhaltsverzeichnis

1.	Kernaussagen	2
2.	Einleitung	3
3.	Entwicklung der linksextremistischen Taten	4
3.1.	Personalisierung der Gewalt	4
3.2.	Legitimation der Gewalt	9
4.	Entwicklung der linksextremistischen Szene	11
4.1.	Öffnung der Szene	11
4.2.	Spaltung der Szene	12
4.3.	Vernetzung der Szene	12
5.	Auf dem Weg zum Terrorismus?	15
6.	Bewertung und Ausblick	15
6.1.	Personenpotential Linksextremismus	18
6.2.	Politisch motivierte Kriminalität (PMK-links)	19

1. Kernaussagen

- Bundesweit ist ein hohes Radikalisierungsniveau der gewaltorientierten linksextremistischen Szene erkennbar, die Entwicklung verläuft jedoch nicht in allen Bundesländern gleichermaßen.
- Für Sachsen, Hamburg und Berlin aber auch in Thüringen, Bayern und Bremen liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass sich ein kleiner Teil der gewaltorientierten linksextremistischen Szene zunehmend radikalisiert. Insbesondere in **Leipzig** hat sich ein Schwerpunkt der zunehmenden Radikalisierung gewaltorientierter Linksextremisten herausgebildet.
- **Die Radikalisierung lässt sich derzeit an zwei qualitativen Indikatoren messen: An der Veränderung der Taten und der Veränderung der Szene.**
- **Veränderung der Taten:** Es findet ein Wechsel der Aktionsformen von der Massenmilitanz hin zu klandestinen Kleingruppenaktionen statt. Die Zielauswahl linksextremistischer Angriffe verschiebt sich immer häufiger von einer institutionellen Ebene auf eine persönliche Ebene. Schwere Körperverletzungen der Opfer bis hin zum möglichen Tod werden billigend in Kauf genommen.
- **Veränderungen der Szene:** In mehreren Bundesländern gibt es Hinweise darauf, dass sich klandestine Kleingruppen innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene herausbilden, eigene Tatserien begehen und sich aufgrund steigender Gewaltbereitschaft bei ihren Taten vom Rest der Szene abspalten.
- Im Kontext der „Verteidigung von Freiräumen“ im Kampf gegen städtebauliche Umstrukturierung und gegen politische Gegner – insbesondere (vermeintliche) Rechtsextremisten – scheint die linksextremistische Szene zunehmend auch Taten mit einer hohen Gewaltintensität zu legitimieren.
- Die Herausbildung terroristischer Strukturen im Linksextremismus erscheint unter diesen Bedingungen möglich.

2. Einleitung

Vor dem Hintergrund zahlreicher Gewaltvorfälle im Jahr 2019 haben die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder eine Analyse zur Radikalisierung und zunehmenden Militanz im Linksextremismus erstellt. Bundesweit ist ein hohes Radikalisierungsniveau der gewaltorientierten linksextremistischen Szene erkennbar. Die Entwicklung der Radikalisierung verläuft jedoch nicht in allen Bundesländern gleichermaßen. Insbesondere in Sachsen, Hamburg und Berlin aber auch in Thüringen, Bayern, Bremen und Nordrhein-Westfalen liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass sich ein kleiner Teil der linksextremistischen Szene zunehmend radikalisiert. Besonders in Leipzig hat die gewaltorientierte linksextremistische Szene ihr Zielspektrum erweitert und damit eine neue Eskalationsstufe der Taten erreicht. In den Schwerpunktregionen des gewaltorientierten Linksextremismus erscheint die Herausbildung terroristischer Strukturen möglich.

Um eine mögliche Radikalisierungstendenz erkennen und bewerten zu können, konzentriert sich diese Analyse auf **qualitative Faktoren**. Zum einen lassen die Veränderung der Taten und die Legitimation von Gewalt Rückschlüsse auf eine Radikalisierung zu. Zum anderen ist die Veränderung der Szene selbst, die Spaltung lokaler Szenen, ihre Öffnung in andere Spektren und die bundesweite Vernetzung ein potentieller Radikalisierungsfaktor.

Insbesondere bei der Schaffung und Verteidigung von „Freiräumen“ im Kampf gegen städtebauliche Umstrukturierung und im Kampf gegen (vermeintliche) Rechtsextremisten erhalten die Taten eine neue Qualität der Bereitschaft, Gewalt anzuwenden und Schaden zuzufügen. So wurde bei einem Brandanschlag auf Baukräne am 3. Oktober 2019 in Leipzig, mit rund 20 Millionen Euro der bislang höchste aus einem linksextremistischen Anschlag resultierende Sachschaden verzeichnet. Dabei haben die Täter in Kauf genommen, dass unbeteiligte Bewohner der angrenzenden Wohnhäuser konkret in Lebensgefahr gebracht wurden. Bei einem persönlichen körperlichen Angriff auf eine Prokuristin einer Immobilienfirma in Leipzig wurde zum ersten Mal eine außenstehende

Dritte stellvertretend für die Immobilienbranche in ihrem Wohnumfeld verletzt. Die Angriffe auf (vermeintliche) Rechtsextremisten erreichen eine neue Dimension, in dem sie gezielter geplant und gewaltbereiter durchgeführt werden. Oftmals wird die Verletzung lediglich vermeintlich rechtsextremistischer Personen toleriert.

Darüber hinaus hat die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten im Jahr 2019 erheblich zugenommen. Den höchsten Anstieg linksextremistischer Straftaten verzeichnet mit Abstand das Bundesland Sachsen (vgl. Anhang). Insbesondere Leipzig hat sich seit einigen Jahren neben Berlin und Hamburg als dritter bundesweiter Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt etabliert. Im Verhältnis zum dortigen Personenpotenzial ereignen sich in Leipzig mit deutlichem Abstand die meisten linksextremistischen Gewalttaten. Die PMK-Zahlen als quantitativer Faktor fließen deshalb zwar mit in die Analyse ein und bestimmen Schwerpunktregionen der linksextremistischen Gewalt, sie sind aber weniger aussagekräftig hinsichtlich eines Radikalisierungstrends. Eine zunehmende Radikalisierung in der gewaltorientierten linksextremistischen Szene lässt sich nicht mit einem rein quantitativen Anstieg der in der Statistik PMK-links erfassten, sehr heterogenen Vorfälle und Feststellungen begründen.

3. Entwicklung der linksextremistischen Taten

3.1. Personalisierung der Gewalt

Die Personalisierung der Gewalt zeigt sich in mehreren Facetten: Zum einen ist bei der Planung der Taten bundesweit ein Wechsel der Aktionsformen von der Massenmilitanz hin zu klandestinen Kleingruppenaktionen festzustellen. So arten große Versammlungslagen in der Stadt (insbesondere am 1. Mai z.B. in Berlin) immer seltener zu großen Unruhen aus, was von der Szene seit Jahren rituell beklagt wird. Als Reaktion darauf ist zu beobachten, dass sich Linksextremisten mehr auf im Geheimen geplante Aktionen konzentrieren. Dies deutet darauf hin, dass gewaltbereite Linksextremisten weniger spontan aus der Situation von Demonstrationen heraus Gewalttaten und Angriffe bege-

hen, sondern die Taten im Vorfeld mit Blick auf die Auswahl des Opfers und des Tathergangs genauer und gezielter planen.

Bei der Zielauswahl ist erkennbar, dass sich die Taten immer häufiger von einer institutionellen auf eine persönliche Ebene verschieben. Vermeintlich Verantwortliche kritizierter Zustände werden namhaft gemacht und in ihrem privaten und beruflichen Nahraum persönlich angegangen. Dies geht einher mit der genaueren Planung der Tat im Vorfeld, da persönliche Angriffe detailliertere Vorbereitungen benötigen. Opfer werden gezielt ausgesucht und in ihrem persönlichen Rückzugsraum angegriffen. Ziel ist in den meisten Fällen Einschüchterung. Hohe Sachschäden und Körperverletzungen sind jedoch Mittel zum Zweck. Die Täter suchen die Geschädigten teils an ihren Wohnanschriften auf und begehen dort Sachbeschädigungen an Immobilien und Kraftfahrzeugen oder greifen ihre Opfer körperlich an.

In diesem Zusammenhang ist eine Erweiterung des Zielspektrums gewaltorientierter linksextremer Gewalt wahrnehmbar. Während sich solche körperlichen Angriffe im gewaltorientierten Linksextremismus abseits von Demonstrationen bisher grundsätzlich gegen Polizeibeamte und der Szene als solche bekannte Rechtsextremisten richteten, werden nun auch der Szene unbekannte Dritte, die lediglich einen Zusammenhang zu vermeintlichen Gegnern der Szene haben, Opfer persönlicher Angriffe. Gewalt gegen diese Personen und schwere Verletzungen, in Einzelfällen auch deren möglicher Tod, wird billigend in Kauf genommen. Insbesondere die Angriffe auf eine Mitarbeiterin eines Immobilienunternehmens in Leipzig und auf den Hamburger Innensenator Grote im Jahr 2019 verdeutlichen diese Entwicklung und zeigen, dass eine neue Eskalationsstufe linksextremistischer Gewalt erreicht wurde.

Bemerkenswert und neu bei dem Angriff auf die Immobilienmaklerin ist, dass hier eine Person stellvertretend für eine Immobilienfirma bzw. für die aus linksextremistischer Sicht „kapitalistische Verdrängungsmaschinerie“ in ihrem persönlichen Lebensumfeld

attackiert wurde. Der Angriff zeigt, dass insbesondere im Kampf für „autonome Freiräume“ gezielt Gewalt gegen Personen eingesetzt wird.

Angriff auf eine Immobilienmaklerin in Leipzig:

Zwei unbekannte Täter suchten am frühen Abend des 3. November 2019 die Wohnanschrift einer Immobilienmaklerin auf, die als Prokuristin bei „Wassermühle Immobilien GmbH“ tätig ist und in dieser Eigenschaft Wohnungen in Leipzig-Connewitz anbietet. Die verummumten Täter drängten die Geschädigte in ihre Wohnung und schlugen ihr mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Während der Tathandlung soll einer der Täter „Viele Grüße aus Connewitz“ geäußert haben. Anschließend flüchteten die Täter. Die Geschädigte wurde ambulant versorgt, sie erlitt Prellungen und litt unter Kopfschmerzen.

Auf der von Linksextremisten genutzten Internetplattform „de.indymedia.org“ wurde am 3. November 2019 unter dem Namen „Kiezmiliz“ eine Täterklärung veröffentlicht. In dieser heißt es u.a.:

„Aktuell tobt ein Sturm der Empörung durch die Leipziger Presselandschaft. Grund ist nicht etwa der gesellschaftliche Rechtsruck, oder die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum, sondern es wird zum X-ten mal von einer „neuen Stufe der Gewalt“ fantasiert, wenn im Rahmen von sozialen Kämpfen Bagger brennen. Wir freuen uns, wenn sich der Bau von Luxuswohnung o.Ä. verzögert, denken aber, dass diese Aktionsform angesichts vollumfänglicher Versicherungsabdeckung nur symbolischen Charakter hat. Wir haben uns deswegen entschieden, die Verantwortliche für den Bau eines problematischen Projekts im Leipziger Süden da zu treffen wo es ihr auch wirklich weh tut: in ihrem Gesicht.“

Der direkte Angriff auf Senator Grote ist in Hamburg seit Jahrzehnten der erste Anschlag, der sich direkt gegen die Person richtet und nicht „nur“ gegen seinen Besitz. Die gestiegene Aggressivität und Brutalität erinnert an Leipzig, wo die Szene mit ihren Aktionen deutlich über das bisherige gewohnte Ausmaß autonomer Gewalttaten hinaus-

geht.

Angriff auf den Innensenator Grote in Hamburg:

Drei unbekannte Täter griffen am 13. Dezember 2019 das Fahrzeug des Innensensors von Hamburg, Andy Grote, mit Steinen und mit Farbe gefüllten Glasflaschen an. Neben Grote und seinem Fahrer befand sich zum Zeitpunkt des Angriffs auch der dreijährige Sohn des Senators im Fahrzeug.

Eine zunehmende Personalisierung der Gewalt lässt sich auch bei Angriffen auf den politischen Gegner, auf die von Linksextremisten als „rechtsextremistisch“ eingeschätzte Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) festmachen. Sie stellt einen der bedeutendsten Gegner im Antifaschismus dar. Eine stetige Zunahme von Straftaten gegen die Partei sowie ihre Mitglieder ist festzustellen. Richteten sich die Angriffe in der Vergangenheit primär gegen Parteibüros oder Geschäftsstellen der AfD, so zielten diese in jüngster Zeit auch auf die Privatsphäre von AfD-Mitgliedern oder Unterstützern. Vorausgegangen waren derartigen Aktionen offenbar Nachforschungen zu Wohnorten und Fahrzeugen von AfD-Angehörigen. Ein Beispiel ist die Brandstiftung am Kraftfahrzeug des AfD-Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla in der Nacht zum 2. März 2020.

Brandstiftung am Fahrzeug des AfD-Bundesvorsitzenden Chrupalla:

Unbekannte Täter begaben sich am 1. März 2020 (Sonntag) gegen 23:20 Uhr auf das abgeschlossene Wohngrundstück des Bundesvorsitzenden der AfD Tino Chrupalla MdB und dessen Familie im nordostsächsischen Gablenz und setzten mittels unbekanntem Tatmittel dessen abgestelltes Auto in Brand. Am Fahrzeug entstand wirtschaftlicher Totalschaden. Eine Täterklärung wurde bislang nicht veröffentlicht.

Insbesondere im Nachgang zu dem Mord an Walter Lübcke sowie den Anschlägen in Halle und Hanau haben auch linksextremistische Gruppen (vermeintliche) Rechtsextremisten und die AfD als „erste Klasse Gegner“ weiter in den Blick genommen. Dabei stoßen selbst Aktionen, bei denen auch Unbeteiligte gefährdet werden, szeneintern auf

immer weniger Ablehnung. Auch hier nimmt die Szene in Leipzig wieder eine herausragende Rolle ein. Darüber hinaus werden nicht nur AfD-Mitglieder oder bekannte Rechtsextremisten, sondern auch Personen, die nur den Anschein einer rechtsgerichteten Gesinnung erwecken, zum Ziel schwerster Gewalttaten, wie der Angriff auf einen Kanalmitarbeiter in Leipzig verdeutlicht.

Angriff auf einen Kanalarbeiter in Leipzig:

Am 8. Januar 2019 wurde ein Kanalarbeiter auf der Bornaischen Straße von fünf Personen überfallen und schwer verletzt. Grund für den Angriff war offenbar die Mütze des Geschädigten, die das Logo von „Greifvogel Wear“ (Kleidungsmarke aus dem Kampfsportmilieu) trug und anhand derer ihn die Täter als „Nazi“ identifizierten. Der Geschädigte erlitt multiple Kopfplatzwunden und einen Jochbeinbruch. Den Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse vor, die auf eine tatsächliche rechtsextremistische Gesinnung des Geschädigten schließen ließen.

Auch bei Angriffen von Linksextremisten auf Polizisten als Repräsentanten des Staates lässt sich eine Veränderung der Taten hin zu einem enorm hohen Gewaltpotential feststellen, wie die Ausschreitungen im Leipziger Stadtteil Connewitz in der Silvesternacht 2019/2020 zeigen.

Ausschreitungen im Leipziger Stadtteil Connewitz in der Silvesternacht:

In Leipzig kam es während der Silvesternacht 2019/2020 erneut zu schweren Ausschreitungen am Connewitzer Kreuz. Gewalttäter (teils mit linksextremistischem Hintergrund) bewarfen Polizeikräfte mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern. Zudem kam es zu vereinzelt körperlichen Attacken auf Polizeibeamte. Während der Ausschreitungen wurden drei Polizeigruppenführer durch Linksextremisten von ihrer Einsatzhundertschaft isoliert. Sie wurden daraufhin durch eine Gruppe von etwa 20 bis 30 Personen, die zum Teil verummmt waren, angegriffen. Die Täter rissen den Beamten die Schutzhelme vom Kopf und schlugen und traten auf sie ein. Ein Polizeibeamter ging dabei zu Boden und verlor durch weitere Gewaltanwendung gegen den Kopf das Bewusstsein. Der Angriff konnte mutmaßlich nur durch das Eingreifen weiterer Einsatzkräfte beendet werden. Ein Tatverdächtiger konnte bisher nicht ermittelt werden. Die Tat wird von der zuständigen Staatsanwaltschaft als versuchter Mord eingestuft.

3.2. Legitimation der Gewalt

Bei dem Überfall auf die Mitarbeiterin der Immobilienfirma in Leipzig wurde im autonomen Linksextremismus erstmals der Versuch unternommen, einen direkten körperlichen Angriff im Kampf gegen städtebauliche Umstrukturierung zu legitimieren, der nicht aus einer unmittelbaren Verteidigungshandlung eines autonomen Freiraumobjekts resultierte und sich nicht unmittelbar gegen Repräsentanten des Staates richtete. Trotz Bruch dieses bisherigen Szenekonsenses blieb eine intensive Diskussion über die Legitimationsfrage dieser Tat aus.

Gebrochen wurde der Szenekonsens, Unbeteiligte nicht zu gefährden, ebenso bei einem Brandanschlag auf Baukräne am 3. Oktober 2019 in Leipzig, bei dem mit rund 20 Millionen Euro der bislang höchste aus einem linksextremistischen Anschlag resultierende Sachschaden verzeichnet und die Bewohner der angrenzenden Häuser konkret in Lebensgefahr gebracht wurden. Auch hier ist kein Diskurs in der Szene wahrnehmbar, was auf eine stille Zustimmung schließen lässt.

Angriff auf einen Polizisten in Leipzig in der Silvesternacht:

In der Münchener anarchistischen Zeitschrift „Zündlumpen“ wird der schwere Angriff auf den Polizisten in Leipzig in der Silvesternacht dahingehend kommentiert, dass die Polizisten „bekommen [...] haben, [...] was sie verdienen“. Man würde niemandem den Tod wünschen, Mitleid habe man jedoch auch nicht, da „schwere Verletzungen und manchmal auch der Tod ... schon immer das Berufsrisiko der Scherg*innen des Staates gewesen“ seien.

Im antifaschistischen Duktus werden gewalttätige Angriffe auf den politischen Gegner, auf (vermeintliche) Rechtsextremisten und insbesondere auf AfD-Mitglieder verharmlost und begrüßt.

Legitimation von Angriffen auf (vermeintliche) Rechtsextremisten:

Zum Angriff auf den Bremer AfD-Landesvorsitzenden Frank Magnitz am 7. Januar 2019:

„Die Verletzung seines Körpers hat aber darüber hinausreichende Wirkungen, die sich aus der Funktion von Frank Magnitz als Spitzenpolitiker des rechtsten Flügels der AfD ergeben. Insofern ist die Tat ein doppeltes Signal. Sie führt allen AfDlern die eine Karriere innerhalb der Partei anstreben vor Augen, dass einen Schlag mit dem Holzknüppel riskiert, wer sich zuweit aus dem Fenster lehnt. Und sie erinnert die militante Antifa daran, dass Antifaschismus im Jahr 2019 bedeutet, den Schrittmachern des Rechtsrucks ins Auge zu sehen. Das sind nicht die Naziskins von der Straße, sondern die Führungsfiguren der neuen Rechten. Und die sind angreifbar, selbst noch im Bundestag.“

(Quelle: „MagnitzTerror: Die richtige Tat zur richtigen Zeit?“, in: <https://endofroad.blackblogs.org>, abgerufen am 09.01.2019, Schreibweise wie im Original, ID-PU 1941247634)

Zum Brandanschlag auf das Auto eines Rostocker Rechtsextremisten:

„Nazi sein heißt Probleme zu bekommen, wer sich in unserer Stadt in rechten Kreisen herumtreibt muss jeder Zeit damit rechnen „Besuch“ zu bekommen. Wir kennen euch, wir hassen euch! Antifa heißt Angriff!“

(Quelle: „[HRO] Brandanschlag auf Auto von Nazi Kevin Käthner“, in: <https://de.indymedia.org>, abgerufen am 02.01.2020, ID-PU 1941280113)

Insgesamt haben intensive Gewaltdiskussionen innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene im Vergleich zu früheren Jahren quantitativ und qualitativ abgenommen. Es wird nicht mehr zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen unterschieden, linksextremistische Gewalt allgemein wird als legitimierte Gegenwehr gerechtfertigt. Die Tonlage hat sich verschärft, ein Widerspruch bleibt aus, weitreichende Aussagen werden stillschweigend toleriert.

4. Entwicklung der linksextremistischen Szene

4.1. Öffnung der Szene

Es ist zu beobachten, dass die gewaltorientierte linksextremistische Szene sich auch gegenüber anderen (subkulturellen) Spektren öffnet, um mit diesen zu kooperieren. Dies lässt sich bei Großveranstaltungen wie dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg beobachten. Dort haben sich Anhänger aus mehreren Gewaltspektren mit unterschiedlichen ideologischen Ausprägungen versammelt, um die Auseinandersetzung mit der Polizei zu suchen. Je nach Anlass geschehen solche Zusammenschlüsse überregional bis bundesweit oder im internationalen Rahmen und können, ebenfalls anlassabhängig, zu einer Vervielfachung des gewaltorientierten Personenpotentials führen. In Teilen weisen die beteiligten Personengruppen ideologische Schnittmengen (z.B. in den Themenfeldern Antifaschismus/Antirassismus, Antirepression, Antikapitalismus) auf, ohne dabei jedoch insgesamt linksextremistische Deutungsmuster zu vertreten.

Doch auch unabhängig von Großveranstaltungen lassen sich Öffnungen der linksextremistischen Szene in angrenzende Kreise erkennen.

So fand in Brandenburg bereits zum zweiten Mal die Kampfsportveranstaltung „Anti-Fascist Martial Arts Event“ in Potsdam statt. Die Veranstaltung wurde von gewaltbereiten Linksextremisten beworben. Bei Turnieren bzw. Meisterschaften kommt die Kampfsportszene regelmäßig zusammen und vernetzt sich. Linksextremistische Teilnehmer haben dabei die Möglichkeit, sich neben dem sportlichen Wettkampf auch über politi-

sche Aktivitäten auszutauschen oder sich zu Aktionen zu verabreden. Es besteht außerdem die Möglichkeit, dass Linksextremisten die dort erworbenen Kampfsportkenntnisse gegen ihre politischen Gegner und Vertreter des Staates einsetzen.

4.2. Spaltung der Szene

In Bayern, Sachsen, Berlin, Bremen und Hamburg gibt es Hinweise auf eine Abschottung sich radikaliserender Gruppen der linksextremistischen gewaltorientierten Szene. Hier ist zu vermuten, dass die schweren und sich qualitativ verändernden Straftaten von einem überschaubaren Personenkreis, einem „harten Kern“ der Szene, begangen werden. Diese Personenkreise dürften durch enge Kennverhältnisse und langjährige Szenezugehörigkeiten verbunden sein.

Es erscheint möglich, dass es innerhalb solcher abgeschotteten Personenkreise, welche sich nicht mehr an den Szenekonsens einer vermittelbaren und zielgerichteten Ausübung von Gewalt gegen Dinge und ohne Gefährdung Unbeteiligter gebunden sehen, zu einer internen Radikalisierungsspirale kommt. In deren Verlauf können sich die handelnden Personen durch das permanente Begehen von Straftaten selbst enthemmen und noch weiter von der Szene abschotten.

Im Zusammenhang mit der möglichen Spaltung der Szene gewinnen anarchistische Ideologiefragmente wieder stärker an Bedeutung. Vereinzelt kann von einem „Wiederaufleben des Anarchismus“ als „Aufständischer Anarchismus“ (Insurrektionalismus) gesprochen werden, in dem gezielte Gewalt eine hohe Bedeutung hat und aktiv befürwortet wird. Mit Blick auf diese Entwicklung erscheint eine Aufspaltung zwischen „alten Autonomen“ und „jungen Anarchisten“ möglich.

4.3. Vernetzung der Szene

Sowohl national als auch international lassen sich zahlreiche und vielfältige Vernetzungen der linksextremistischen Szene feststellen. Diese korrelieren teilweise mit Öffnungs- und Spaltungstendenzen der Szene, weshalb sich diese drei Entwicklungsten-

denzen nicht immer trennscharf voneinander betrachten lassen. So kann die Abschottung einer sich radikalisierenden Gruppe im Inland durchaus zu einer Vernetzung im Ausland beitragen.

Der Hambacher Forst hat sich in den letzten Jahren zu einem Schwerpunkt linksextremistischer Straftaten entwickelt, bei denen auch Körperverletzungen Dritter (Mitarbeiter der RWE Power AG oder Polizisten) in Kauf genommen werden. An den Aktionen im Hambacher Forst sind sehr wechselnde und heterogene Personenkreise beteiligt. Spätestens seit Ende 2017 ist eine veränderte Besetzerszene auszumachen. Sie umfasst zivildemokratische Aktivisten, militante Umweltaktivisten und gewaltorientierte Linksextremisten, darunter Autonome aus dem Bundesgebiet und dem europäischen Ausland. Der gewaltbereite Teil der Besetzerszene ist dabei inzwischen bestimmend für den Charakter der Gesamtbesetzung.

Auch die Leipziger gewaltorientierte linksextremistische Szene handelt nicht autark, sondern verfügt über eine bundesweite Strahlkraft und Verbindungen zumindest nach Hessen, Berlin und Hamburg. Aktuell sind außerdem deutliche Zuzugsbewegungen aus Hamburg, Berlin und Köln nach Leipzig feststellbar.

Das bundesweite Vernetzungspotential gewaltorientierter Linksextremisten in Deutschland zeigte sich beispielsweise im Kontext der Verhandlung des Vereinsverbots von „linksunten.indymedia.org“ vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Im Vorfeld des Prozesses fand am 25. Januar 2020 in Leipzig ein gewaltsam verlaufender Aufzug unter dem Motto „Wir sind alle linksunten: Pressefreiheit verteidigen, den autoritären Staat angreifen“ mit ca. 1.600 Teilnehmern statt.

Demonstration „Wir sind alle linksunten“ in Leipzig:

Nach einer bundesweiten Mobilisierung im Vorfeld reisten zur Demonstration am 21. Januar 2020 Teilnehmer aus Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen an. Bereits im Vorfeld der Proteste wurden seitens der Einsatzkräfte Depots mit Steinen und Glasflaschen gefunden. Während der Demonstration kam es zu Sachbeschädigungen und Körperverletzungen der Polizei durch das Zünden von Pyrotechnik. Dreizehn Polizisten wurden verletzt. Aus der Demonstration selbst waren polizeifeindliche Parolen wie „ACAB“ und „Bullenschweine raus aus unserem Viertel“ zu hören. Auf einem Transparent waren u.a. Gewehre der Marke AK-47, umschrieben mit „This is not debate. This is war.“ abgebildet. Bereits zuvor hatte es als Reaktion auf das Verbot durch das Bundesinnenministerium 2017 bundesweite Solidaritätsaktionen der linksextremistischen Szene gegeben.

Auf eine enge bundesweite Vernetzung der Szene lassen auch diverse Brandanschläge (in Berlin, Leipzig und Bremen) schließen, die als Resonanzstraftaten auf die Festnahme der „Drei von der Parkbank“ in Hamburg gewertet werden können. Auch der Angriff auf den Hamburger Innensenator Grote wird als Solidaritätsbekundung mit der Festnahme der „Drei von der Parkbank“ gewertet.

Festnahme der „Drei von der Parkbank“:

Am zweiten Jahrestag der G20-Ausschreitungen in Hamburg, observierte das LKA Hamburg drei Linksextremisten bei der Vorbereitung von Brandsätzen. Bei ihrer Festnahme fand die Polizei im Gepäck Sturmhauben, Handschuhe, einsatzfähige Brandsätze und handschriftliche Notizen mit den Anschriften u.a. der Hamburger Senatorin für Wohnungsbau und einer Vonovia-Geschäftsstelle – möglicherweise Angriffsziele des Trios. Bei der Durchsuchung der Wohnungen der Beschuldigten konnte die Polizei u.a. Handys und Speichermedien sicherstellen.

5. Auf dem Weg zum Terrorismus?

Vor dem Hintergrund der qualitativen Veränderungen auf der Ebene der Taten und der linksextremistischen Szene besteht die Gefahr der Herausbildung eines neuen Linksterrorismus in Deutschland. Besonders die eskalative Gesamtsituation in Leipzig gibt Anlass zur Sorge. Auch vor dem Hintergrund der Radikalisierung einzelner Gruppen der Szene in anderen Bundesländern – insbesondere im „Kampf um Freiräume“ und im Kampf gegen (vermeintliche) Rechtsextremisten und den politischen Gegner – erscheint eine Entwicklung hin zu terroristischen Strukturen möglich.

Bei der Beurteilung des Risikos müssen weitere Faktoren einbezogen werden. Beispielsweise unterscheiden sich die Tatmittel der gewaltorientierter Linksextremisten noch immer von denen in anderen Phänomenbereichen, in denen terroristische Strukturen existieren. Durch Gewalteinwirkung wird zwar erheblicher körperlicher Schaden oder auch der Tod der Opfer billigend in Kauf genommen, der Einsatz von Schusswaffen oder Sprengsätzen, die zum gezielten Tod der Opfer führen, ist derzeit jedoch nicht bekannt.

Auffällig ist aber, dass sich die Intensität der Gewalttaten erhöht hat und sich gleichzeitig Teile gewaltorientierter Spektren abschotten. Im Zusammenspiel beider Entwicklungstendenzen wäre die Grundlage für die Entstehung einer terroristischen Struktur gelegt.

6. Bewertung und Ausblick

Radikalisierungstendenzen in der linksextremistischen Szene sind bundesweit erkennbar. Allerdings sind sie in den einzelnen Bundesländern sehr heterogen ausgeprägt. Sachsen nimmt dabei mit der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Leipzig eine besondere Rolle ein. Hier besteht durchaus die Gefahr der Herausbildung terroristischer Strukturen.

In einigen anderen Bundesländern, insbesondere in Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Thüringen und Nordrhein-Westfalen (Hambacher Forst) liegen ebenfalls Anhaltspunkte dafür vor, dass sich ein kleiner Teil der linksextremistischen Szene zunehmend radikalisiert. Insbesondere bei der Verteidigung von Freiräumen im Kampf gegen städtebauliche Umstrukturierung und im Kampf gegen (vermeintliche) Rechtsextremisten sind zunehmend weitreichende Gewalthandlungen zu beobachten.

Linksextremistische Taten werden gewalttätiger und persönlicher. Sie werden professioneller durchgeführt und führen regelmäßig zu schwerwiegenderen Sach- und Personenschäden. Weniger die Tathandlungen selbst, als vielmehr ihre Zielrichtung – bewusst ausgewählte Opfer in ihrer Privatsphäre anzugreifen oder bei Brandstiftungen schwerste Verletzungen unbeteiligter Dritter hinzunehmen – stellt eine neue Radikalisierungsstufe linksextremistischer Gewalt dar.

Ausmachen lässt sich die zunehmende Radikalisierung der gewaltorientierten linksextremistischen Szene auch daran, dass sich Kleingruppen herausbilden, die klandestin agieren und geplante Gewalttaten – zum Teil in zusammenhängenden Serien – begehen. Sie brechen den bisherigen Szenekonsens und nehmen körperliche Verletzungen (bis hin zum möglichen Tod) von zum Teil unbeteiligten Opfern billigend in Kauf. Bemerkenswert an der Entwicklung ist, dass scheinbare „rote Linien“, die sich aus den Grenzen der Vermittelbarkeit von Gewalt ergeben, mit zunehmender Häufigkeit überschritten werden. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der Schritt zur gezielten Tötung eines politischen Gegners nicht mehr völlig undenkbar.

Sollte dieser Fall eintreten, ist eine weitere Spaltung der Szene in einen Teil, der diese Taten befürwortet und in einen Teil, der diese Taten ablehnt möglich. Dies würde vermutlich dazu führen, dass der befürwortende Teil sich weiter zurückzieht und abschottet und seine Aktionen losgelöst vom Rest der gewaltorientierten linksextremistischen Szene durchführen würde. Diese Linksextremisten könnten sich durch ihre Taten selbst

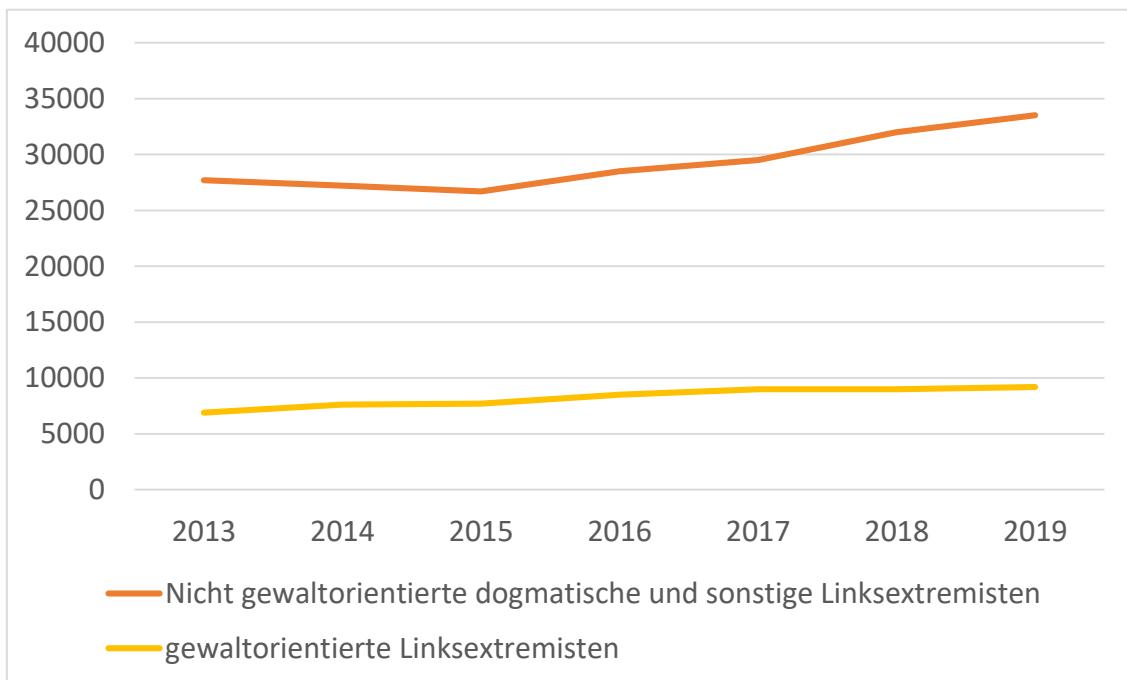
enthemmen und in eine sich verstärkende Radikalisierungsspirale geraten, bei der die Schwelle zum Terrorismus überschritten werden könnte.

Auch wenn diese Tendenzen nur punktuell auftreten sollten, ist aufgrund der guten Vernetzung innerhalb der Szene ein Übergreifen solcher Radikalisierungstendenzen auf gewaltorientierte Linksextremisten im Bundesgebiet nicht auszuschließen.

Anhang

6.1. Personenpotential Linksextremismus

Das linksextremistische Personenpotential ist im Jahr 2019 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften um rund 4,7 % auf insgesamt 33.500 Personen gestiegen (2018: 32.000). Die Zahl der gewaltorientierten Linksextremisten stieg um rund 2,2 % auf 9.200 Personen (2018: 9.000). Mehr als jeder vierte Linksextremist ist somit als gewaltorien-



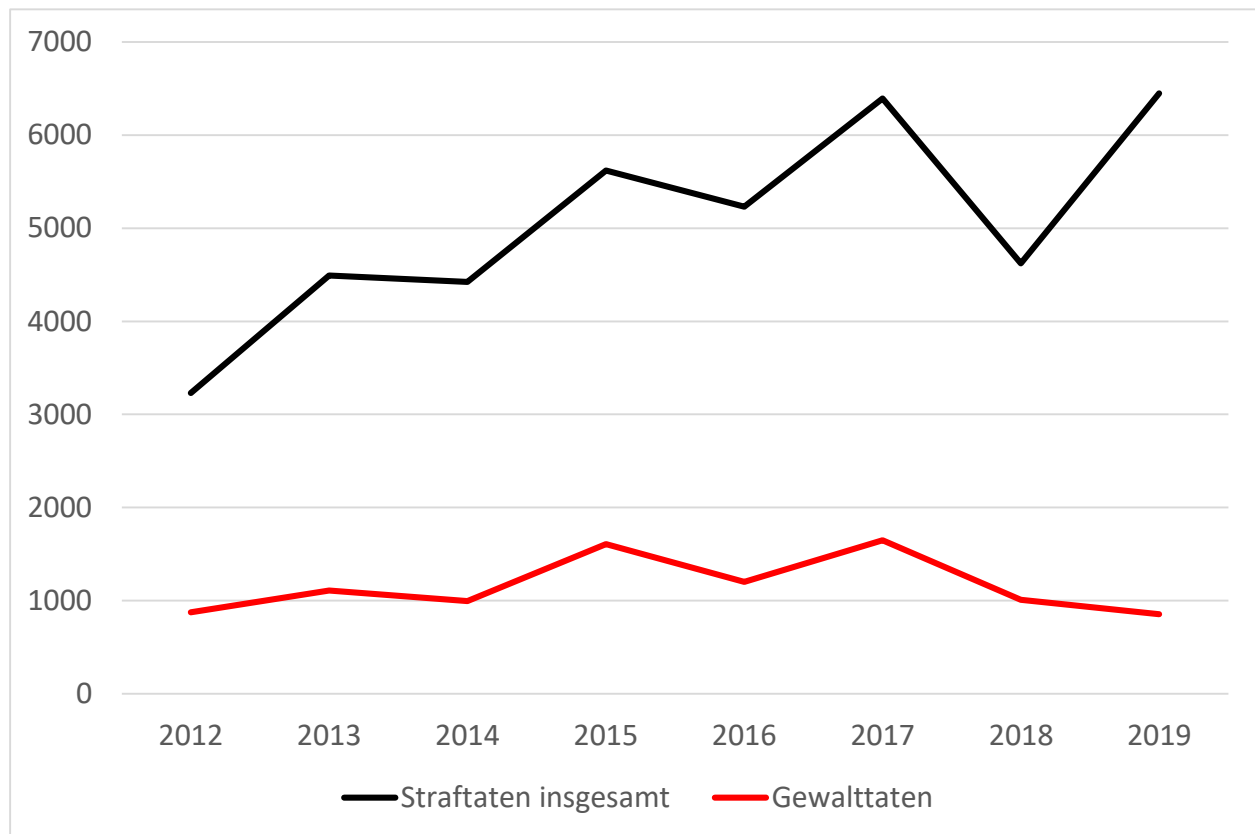
tiert einzuschätzen.

Somit setzt sich ein seit dem Jahr 2015 beobachtbarer Trend zu einem kontinuierlichen Anstieg des linksextremistischen Personenpotentials fort, wobei es erstmals seit 2017 wieder zu einem Anstieg bei der Zahl der gewaltorientierten Linksextremisten kam. Das größte Personenpotential befindet sich dabei in den Bundesländern Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

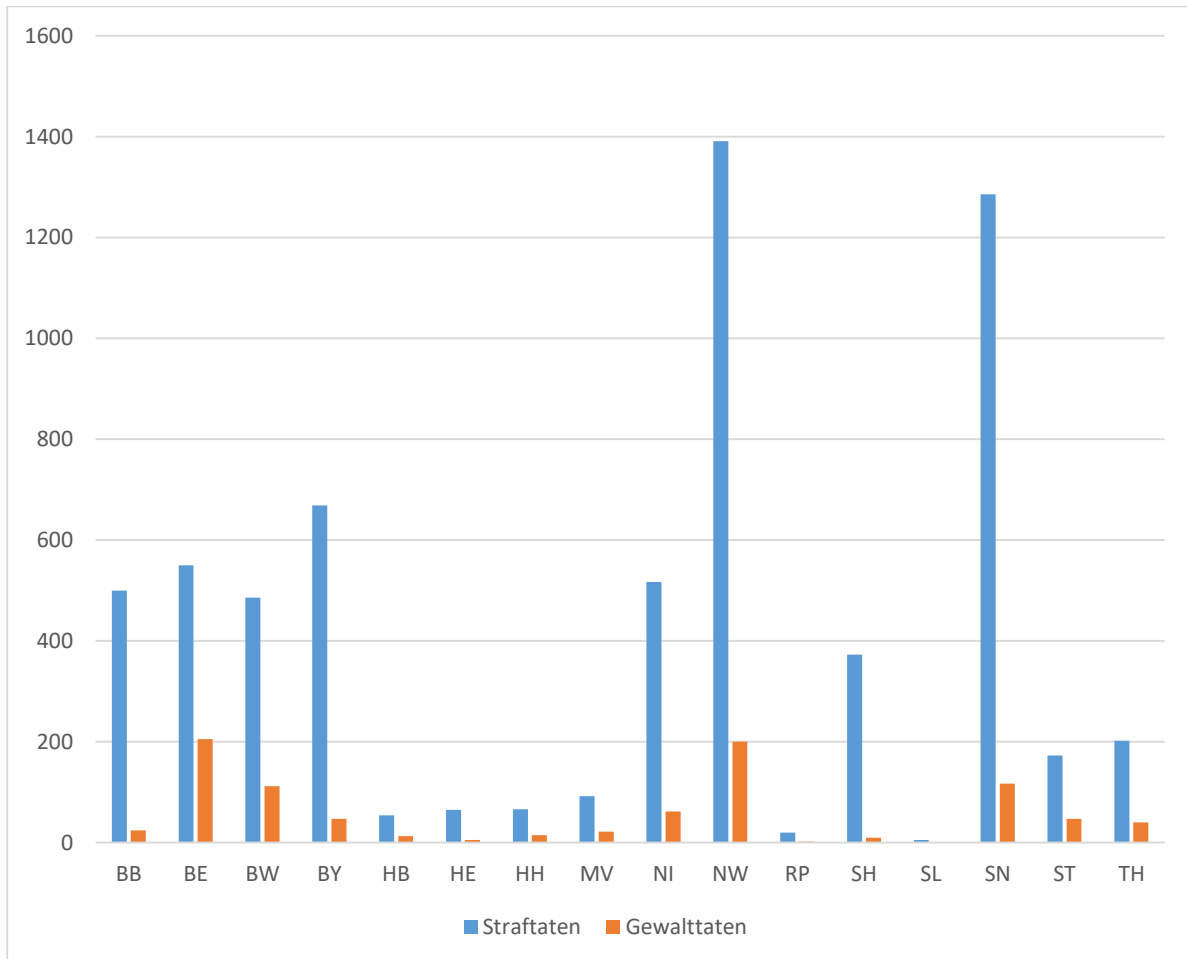
Das gewaltorientierte Personenpotential verteilt sich bundesweit auf über 100 Kleingruppen, welche zu einem geringen Anteil in überregionalen oder bundesweiten Bündnissen organisiert sind. Die genaue Anzahl dieser Kleingruppen ist unbekannt, da diese einer hohen Fluktuation unterliegen. Darüber hinaus finden sich jedoch anlassbezogen und in wechselnden Konstellationen lose Bezugsgruppen zusammen. Auch werden regelmäßig neue Gruppen gebildet, die sich überwiegend aus Mitgliedern bereits bestehender Gruppen zusammensetzen und oftmals nur eine kurze Lebensdauer haben. Der Wirkungsgrad der meisten Gruppierungen ist gering und nur auf lokale Aktivitäten begrenzt.

6.2. Politisch motivierte Kriminalität (PMK-links)

Die Zahl linksextremistisch motivierter Straftaten hat im Jahr 2019 erheblich zugenommen. Wurden im Vorjahr 4.622 Delikte erfasst, stieg die Zahl im Berichtsjahr um 39,53% auf 6.449, darunter 921 Gewaltdelikte (2018: 1.010). Eine deutliche Zunahme zeigte sich insbesondere bei Sachbeschädigungen (+58,63%) und Brandstiftungen (+51,85%). In zwei Fällen kam es zu versuchten Tötungsdelikten (2018: keine). Die Zahl der Körperverletzungsdelikte ging um 2,2% zurück. Auch ging die Zahl der Widerstandsdelikte um 32,45% auf 254 (2018: 376) zurück.



2019 entfielen insgesamt 1.286 Delikte auf das Bundesland Sachsen, was dort innerhalb nur eines Jahres mehr als eine Verdopplung linksextremistischer Straf- und Gewalttaten bedeutet (2018: 628). In absoluten Zahlen betrachtet, verzeichnete zwar Nordrhein-Westfalen mit 1.391 Delikten 2019 die meisten Straftaten, gemessen an der Bevölkerungsdichte ist der prozentuale Anteil der linksextremistischen Straftaten in Sachsen jedoch am höchsten. Auch die Gewalttaten stagnieren in Sachsen bei einem nahezu gleichbleibend hohen Niveau (2018: 115; 2019: 117). Ein wesentlicher Anstieg bei den Gewalttaten konnte in den Bundesländern Brandenburg in einem Wahljahr (24, +33,33%), Berlin (205, +113,54%), Baden-Württemberg (112, +86,67%), Bremen (13, +85,71%), Schleswig-Holstein (10, +100%), Sachsen-Anhalt (47, +123,81%) und Thüringen (40, +42,86%) festgestellt werden.



Hauptzielrichtung linksextremistisch motivierter Gewalt sind nach wie vor der politische Gegner sowie die Polizei. Dementsprechend wurden die meisten Gewalttaten auch den Themenfeldern „gegen rechts“ und „Polizei“ zugeordnet. So kam es bei den Gewaltdelikten „gegen rechts“ zu einem Anstieg um 2,77% von 289 auf 297 Straftaten in 2019, davon 182 Körperverletzungen (+4,59%). Bei den Gewaltdelikten, welche sich gegen die Polizei richteten, erfolgte ein Rückgang um 27,81% von 622 auf 449, davon 124 Körperverletzungen (-14,48%). Die meisten Gewalttaten gegen Polizeibeamte wurden in den Bundesländern Berlin (136, +100%) und Nordrhein-Westfalen (89, -74,28%) ver-

übt. Die meisten Gewalttaten „gegen rechts“ wurden wie im Vorjahr in Sachsen verübt (2018: 59; 2019: 58).